

GdP



Gewerkschaft
der
Polizei



Aktuell

Schwerin, 29. März 2010

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern

Nr. 06 /2010

GdP fordert Verbesserung der Praktikumsbedingungen für Beamte im Vorbereitungsdienst

In einem Schreiben an Innenminister Caffier forderte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Silkeit eine Veränderung der Verfahrensweise zur Durchführung der Praktika an der Fachhochschule.

Vor Kurzem wurde die bisherige Praxis zur Durchführung der Praktika in den Polizeidirektionen geändert, teils zum Nachteil der Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung. Verantwortlich für die Verschlechterung sollen die Leiter der Polizeidirektionen sein, die anlässlich einer Behördenleiterberatung die Verteilung der Praktikanten auf die Behörden bemängelten, die sich nicht am Bedarf sondern am Wohnsitzprinzip orientierte.

Nunmehr sind die Praktikanten erstmalig gehalten, sich für 3 Monate eine Wohnung am Sitz der Praktikumsdienststelle zu nehmen. Das bringt für viele unbillige Härten mit sich. So sind Wohnungen für einen derart kurzen Zeitraum nur schwer zu erlangen und auch die Gewährung von Trennungsgeld und Reisekosten gestaltet sich bis auf Ausnahmen schwierig, da Beamte im Vorbereitungsdienst rechtlich etwas anders gestellt sind als Beamte auf Lebenszeit.

Für die GdP ist das derzeitige Verfahren grenzwertig.

Silkeit wörtlich: „**Grundsätzlich ist gegen eine bedarfsorientierte Verteilung nichts einzuwenden. Es kann aber nicht angehen, dass dabei Mitarbeiterinteressen gänzlich auf der Strecke bleiben und soziale Erwägungen keinerlei Rolle spielen. Wir vertreten die Auffassung, dass es schon grenzwertig ist, wenn wir von den jungen Auszubildenden verlangen sich für 3 Monate am Praktikumsort Wohnraum zu mieten. Angesichts der Wohnraumsituation in Mecklenburg-Vorpommern ist günstiger, möblierter Wohnraum nur unter großen Schwierigkeiten zu erlangen. Kaum ein Vermieter erklärt sich bereit, derart kurze Mietverhältnisse einzugehen.**“

Für zukünftige Verfahren unterbreitete die GdP dem Innenminister deshalb mehrere Lösungsvorschläge und forderte eine kurzfristige Prüfung.

Wir berichten weiter.

Der Landesvorstand